

Christoph Butterwegge

Sozialstaatskritik

in der Bundesrepublik

Hintergründe – Zusammenhänge – Prognosen

In der »alten« Bundesrepublik genöß der Sozialstaat ein hohes Ansehen und konnte jederzeit auf breite Unterstützung rechnen. Seine Akzeptanz sinkt, seitdem ständig Stimmung gegen Leistungsempfänger/innen (Asyldebatte!) und der Sozialstaat selbst für Fehlentwicklungen und Handlungsdefizite verantwortlich gemacht wird. Als Folge einer liberal-konservativen Fundamentalkritik, die auch bei anderen Kräften des (partei)politischen Spektrums Anklang fand, wird der sozialstaatliche Konsens des Grundgesetzes brüchig, und die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates schwindet zunehmend: »Wachsende Teile der Bevölkerung glauben, auf sozialstaatliche Leistungen nicht mehr oder nur im begrenzten Umfang angewiesen zu sein und ihre Lebensverhältnisse und soziale Sicherheit besser privat gestalten zu können« (Bäcker 1995: 25).

Im folgenden werden – oftmals vernachlässigte – Hintergründe, Interessen und Motive der neueren Sozialstaatsdiskussion beleuchtet. Geht es um eine Senkung der Staatsquote oder um die Liquidation der Sozialfunktion des Staates? Sollen durch »Deregulierungsmaßnahmen« und (Re-)Privatisierung die Marktelemente gestärkt oder die Kosten allgemeiner Versorgungsleistungen vom Staat auf die Beschäftigten abgeschoben werden? Gibt es, was bezweckt und wohin führt gegebenenfalls eine schrittweise »Amerikanisierung« unseres Sozialsystems?

Liberalkonservatismus und Sozialstaat: Von der Bürokratiekritik über die Mißbrauchsdebatte zur »Umbau«-Metapher

Das Soziale war in Deutschland jahrzehnte-, wenn nicht gar jahrhundertlang eine Domäne der Linken. Während der Weltwirtschaftskrise 1974/76 gelang es der liberal-konservativen Rechten jedoch, einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Sie entdeckte die »Neue Soziale Frage« (Geißler 1976) und thematisierte erfolgreich das in der Nachkriegszeit weitgehend tabuisierte Problem der Armut, allerdings in einer ausgesprochen demagogischen Weise. Ihr argumentativer Hauptstoß richtete sich zunächst gegen die – damals von der SPD geführte – Staatsbürokratie (vgl. z.B. Merklein 1980). Als CDU/CSU und FDP im Oktober 1982 die Regierung übernahmen, gingen sie daran, die Betroffenen selbst – und damit potentielle Wähler/innen – gleichfalls für steigende Sozialausgaben verantwortlich zu machen.

Seither wird der Sozialstaat diskreditiert, indem man ihn aus-

Christoph Butterwegge – Jg. 1951; Dipl.–Sozialwissenschaftler, Professor für Sozialpolitik an der Fachhochschule Potsdam und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Bremen.

»Grob gesprochen, konzentriert sich staatliche Politik zunehmend darauf, einem global immer flexibler agierenden Kapital in Konkurrenz mit anderen Staaten günstige Verwertungsvoraussetzungen zu verschaffen. (...) Die Funktionslogik des nationalen Wettbewerbsstaates beruht also ... in der alle sozialen Sphären umgreifenden Ausrichtung der Gesellschaft auf das Ziel globaler Wettbewerbs

schließlich im Rahmen einer Diskussion über angeblich massenhaften Leistungsmissbrauch und eine »Kostenexplosion« thematisiert, die es in Wahrheit gar nicht gibt. Beispielsweise relativieren sich die jährlichen Sozialhilfeausgaben in Höhe von ca. 50 Mrd. DM erheblich, wenn man berücksichtigt, daß nur etwa ein Drittel dieser Summe für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen aufgewendet wird und daß allein die Werbeausgaben deutscher Unternehmen über 50 Mrd. DM pro Jahr betragen.

Die »erste Runde« der Spar- und Mißbrauchsdebatte war noch vergleichsweise moderat, gewöhnte die Bundesbürger/innen jedoch an Leistungskürzungen und verschärfte Anspruchsvoraussetzungen. Was dem liberal-konservativen Regierungslager nach der Bonner »Wende« im Herbst 1982 nicht gelang, fiel ihm nach der DDR-»Wende« im Herbst 1989 leichter: die marktwirtschaftsorientierte Restrukturierung des Wohlfahrtsstaates. Für diejenigen, denen es von Anfang an um die Realisierung eines »ganz anderen« Sozialstaates ging, war die Wiedervereinigung ein historischer Glücksfall: Jetzt ließ sich die Rücknahme sozialer Errungenschaften zum nationalen Solidaritätsoffer hochstilisieren und auf diese Weise politisch legitimieren.

Nach der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 zog Werner Bruns (1993: 123f.) eine direkte Linie von Schwarzmarktgeschäften mit Staatseigentum in der DDR zur »Sozialkriminalität« in den neuen Bundesländern. Gleichzeitig wachse das »Anspruchsdenken gegenüber dem Staat« bei den Westdeutschen, die durch den Vereinigungsprozeß zusätzlich belastet würden, weil die moralische Autorität des Staates verfallende. Die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wurde quasi »semantisch enteignet«, indem man einen ihrer Schlüsselbegriffe im Rahmen der »Solidarpakt«-Diskussion unter Ausklammerung seiner internationalen Komponente nationalistisch umbog (vgl. dazu: Niethammer 1995: 130). Überhaupt verdrängt das Nationale, unterstützt von konservativen Politikern und (ehemaligen) Linksintellektuellen, die der sogenannten Neuen Rechten angehören, mehr und mehr das Soziale. Wer aber – wie Wolfgang Schäuble – die nationalen Interessen in den Vordergrund rückt, löst keine sozialen Probleme, sondern verschleiert und verschärft sie (vgl. dazu: Butterwegge 1995).

Ohne großen Widerstand von Betroffenen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, die total in die Defensive gedrängt wurden, war nunmehr ein gesellschaftlicher »Opferdiskurs« durchsetzbar, der die soziale Verzichtsideologie zur dominanten Handlungsmaxime erhob. Die politisch-ideologische Basis des vereinigungsbedingten »Burgfriedens« bildete der Gedanke, daß zumindest zeitweilig ein größeres Maß an sozialer Ungleichheit akzeptiert werden müsse (siehe etwa Biedenkopf 1992). Bis in DGB-Funktionärskreise hinein setzte sich die Ansicht durch, daß der Sozialstaat »perverse, seine eigenen Grundlagen zerstörende Effekte« produziere (vgl. Lauschke/West 1995: 398).

#M2Auch Sozialdemokrat(inn)en beteiligen sich längst offen an einer Pauschalkritik des Wohlfahrtsstaates und entwickeln Vor-

fähigkeit, deren Grundlage die Profitabilität von »Standorten« für ein international immer flexibler werdendes Kapital ist. Es geht um die umfassende Mobilisierung der Bevölkerung für einen »Wirtschaftskrieg«, der dann am ehesten zu gewinnen ist, wenn sich die Nation selbst als kapitalistisches Unternehmen begreift.« Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 103 und 109.

»Wenn ... der abbauende »Umbau« der sozialen Sicherungssysteme den Charakter eines weltmarktbestimmten »Sachzwangs« erhält, dann beschränkt sich die parlamentarische Auseinandersetzung im wesentlichen auf die Ausgestaltung der Details. Politik im Sinne von Gesellschaftsgestaltung, als Entscheidung über grundlegende gesellschaftliche Ziele und Entwicklungswege, findet in den Parlamenten praktisch nicht mehr statt. (...) Der richtige Tip in der Wahlwette wird dann wichtiger als das Wahlergebnis selbst.« Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 139 und 142.

schläge zu seiner »Verschlankung«. Daher kann sich der Bundeskanzler bei dem liberal-konservativen Versuch, das System der sozialen Sicherung im Unternehmerinteresse (Senkung der Lohnnebenkosten) umzubauen, auf führende Oppositionspolitiker/innen berufen (vgl. Kohl 1995: 671f.). Rudolf Scharping (1995) spricht zwar von einer »Konsolidierung« bzw. »Modernisierung«, aber nicht mehr von einer Weiterentwicklung oder gar einem Ausbau des Sozialstaates. Der glücklose Kanzlerkandidat beklagt, daß die Sozialdemokratie im letzten Bundestagswahlkampf zu sehr als »Partei der Verteilungsgerechtigkeit« erschienen sei: »Die SPD muß stärker als in der Vergangenheit wahrgenommen werden als eine Kraft, die den Innovations- und Investitionsstandort Deutschland stärken will, die Wert legt darauf, daß Mut, Kreativität und Phantasie gefördert werden, und dafür die Rahmenbedingungen schafft.«

Scharpings parteilose »Schattenministerin« Heidi Schüller (1995: 86) stilisiert nicht nur die Lebensbedürfnisse von Jugendlichen und Senioren zu einem Interessengegensatz hoch, sondern verallgemeinert auch Einzelfälle des Leistungsmißbrauchs: »Es kommt nicht zu einem ›survival of the fittest‹, sondern zu einem ›survival of the sickest‹. Wer die sozialen Sicherungssysteme am geschicktesten durch fiktive Bedürftigkeit oder großzügig definierte ›Krankheit‹ plündert, zieht seinen persönlichen Profit daraus. Mit seinem ›Erfolg‹ schnürt er allerdings den Leistungswilligen langsam die Luft ab.« Spekuliert wird sodann über die Möglichkeit, älteren Menschen das Wahlrecht zu entziehen. Kennzeichnend für das Niveau der Diskussion ist die Methode, solche Vorschläge im Namen »der Jugend« zu machen, also eine keineswegs privilegierte Gruppe – in diesem Fall sogar eine ganze Generation – gegen (eine) andere auszuspielen.

Derweil wurde die liberal-konservative Sozialstaatskritik immer rabiatere, grundsätzlicher und gehässiger (vgl. z.B. Habermann 1994; Zänker 1994). Sozialpolitik brachte man zunehmend mit »Auswüchsen« bzw. »Wucherungen« des Wohlfahrtsstaates in Verbindung – ganz so, als handle es sich dabei um ein Krebsgeschwür. Parallel hierzu hat sich das Klima der öffentlichen bzw. der veröffentlichten Meinung grundlegend gewandelt. Wie erfolgreich die Rechte das terminologische Terrain besetzt hat, zeigt sich daran, daß man unter dem »Umbau des Sozialstaates« im alltäglichen Sprachgebrauch nicht mehr – wie zur Zeit grün/alternativer Debatten über Grundsicherungsmodelle (vgl. dazu etwa Opielka/Ostner 1987) – sozialökologische Reformen, sondern eine Politik der Beschränkung von Leistungsansprüchen und der Verschärfung von Anspruchsvoraussetzungen versteht. Wer heute nicht von der Krise oder vom (drohenden) Zusammenbruch des Sozialstaates spricht, macht sich bereits verdächtig. Der Sozial(versicherungs)staat kollabiert aber keineswegs; vielmehr wird er gezielt umstrukturiert.

Soziale oder Standortsicherung? – Die verschärfte Weltmarktkonkurrenz und der Wohlfahrtsstaat

Mit dem traditionellen Schlagwort »Sozialabbau« ist die gegen-

wärtige Regierungspraxis nicht (mehr) präzise zu kennzeichnen: »Mittlerweile stehen wir am Beginn einer Systemveränderung von oben, die grundlegende sozialstaatliche Errungenschaften und Verpflichtungen in Frage und den Grundwert der sozialen Gerechtigkeit als konstitutives Element der bundesrepublikanischen Gesellschaft zur Disposition stellt« (Horstkötter 1993: 926). »Umbau« ist zwar ein politischer Kampfbegriff, hat freilich einen realen Kern, den die Kritik daran nicht ignorieren darf. Es geht um einen tiefgreifenden Form- und Funktionswandel der Sozialpolitik: Hatte sie bislang unsoziale Begleiterscheinungen des Marktmechanismus auszugleichen, soll dieser zukünftig das »unwirtschaftliche« Funktionieren der Sozialpolitik ausgleichen.

Wo liegen die Gründe für den »Umbau«-Diskurs und einschneidende Kürzungen im Sozialbereich? Die deutsche Wiedervereinigung erklärt nur, warum sie möglich, nicht aber, wodurch sie notwendig wurden. Meine Antwort auf die selbstgestellte Frage lautet: Die entscheidende Triebkraft war nicht etwa übertriebene Sparsamkeit der CDU/CSU/FDP-Regierung und sie tragender gesellschaftlichen Gruppen, also »staatlicher Geiz«, wie manche Betrachter glauben, sondern politisch-ökonomischer Ehrgeiz, nämlich das Streben nach einer besseren Weltmarktposition.

An die Stelle des jahrzehntelangen Rüstungswettlaufs zwischen den beiden Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt ist ein ökonomisch-technologischer Verdrängungswettbewerb zwischen drei kontinentalen Wirtschaftsblöcken getreten: Nordamerika (USA, in der Freihandelszone NAFTA mit Kanada und Mexiko zusammengeschlossen), Westeuropa (EU) mit Deutschland an der Spitze und Südostasien (Japan mit den sogenannten vier Kleinen Tigern: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) führen unter dem Stichwort »Standortsicherung« einen erbitterten Kampf um (neue) Absatzmärkte, Marktanteile, Anlagensphären, strategische Rohstoffe, Ressourcen und Patentrechte. Im Rahmen dieser »Triadenkonkurrenz« verhärteten sich einerseits die internationalen Beziehungen, andererseits erhöht sich der Leistungsdruck im Landesinnern.

Denn (Wirtschafts-)Kriege kann man nach herrschender Lehrmeinung nur gewinnen, wenn »sozialer Ballast« abgeworfen und die Opferbereitschaft der Bevölkerung geweckt wird. Fast überall auf der Welt erscholl daher der Schlachtruf: »Weniger Staat, Steuern und Wirtschaftssteuerung, dafür mehr Marktwirtschaft, Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit!« Joachim Hirsch spricht von einer »historischen Transformation des Kapitalismus«, durch die der fordistische »Sicherheitsstaat« von einem neuen Staatstyp, den er »nationalen Wettbewerbsstaat« nennt, abgelöst wird (vgl. Hirsch 1994: 8).

Scheinbar erfordert die im Gang befindliche Neuordnung der Weltwirtschaft eine Umstrukturierung des Wohlfahrtsstaates. Daß der sozialstaatliche Konsens des Grundgesetzes aufgekündigt wird, ist eine unmittelbare Konsequenz der veränderten Weltmarkt konkurrenz. »Nicht mehr das Streben nach Umsatzsteigerungen und Marktanteilen um jeden Preis, sondern der Kostensenkungswettbewerb bestimmt das Firmenverhalten, und dies

»Was sich ... grundlegend verändert hat, ist das Verhältnis von ›Staat‹ und ›Kapital‹ und die Bedeutung, die Staaten im kapitalistischen Akkumulations- und Verwertungsprozeß haben. Die Entwicklung des Kapitalismus ist tatsächlich durch einen widersprüchlichen Prozeß von Globalisierung und Regionalisierung gekennzeichnet, der dazu tendiert, die bestehenden ökonomischen Räume aufzulösen, und der die staatlichen Funktionen und die nationalstaatlichen Strukturen und Prozesse entscheidend verändert.« Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 102.

erzwingt den Wettbewerb der Standorte: Es sind die Standorte, die untereinander um die Gunst der Konzernniederlassung konkurrieren, indem sie das Kostenniveau der Produktionsfaktoren ebenso wie die den Firmen auferlegten Kosten für Sozial- und Arbeitslosenunterstützung, für den Verbrauch von Umweltgütern und für die Umweltsanierung so tief als möglich halten« (Schöni 1994: 70).

Ein moderner Nationalstaat, der im Zeichen einer verschärften Standortkonkurrenz um die Gunst von Großinvestoren und Kapitalanlegern buhlt, kann kein Sozialstaat im herkömmlichen Sinne mehr sein. Wenn wirtschaftlicher Erfolg der letztlich entscheidende Handlungsmaßstab staatlicher Politik ist, hat sich das Wohlfahrtsstaatsmodell überlebt. Seine finanziellen Grundlagen lösen sich gegenwärtig auf: »Die aus der internationalen Konkurrenz resultierende Schwäche des Staates gegenüber den Forderungen großer Unternehmen zur ›Verbesserung des Standortes‹ durch Steuerverzicht, Infrastrukturmaßnahmen usw. verschärft die Staatsverschuldung und vergrößert im weiteren Verlauf über die Zinszahlungen an die Inhaber staatlicher Schuldverschreibungen die Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung« (Afheldt 1995: 4).

»Die Einschränkung staatlicher Handlungsspielräume unter den Bedingungen globaler Standortkonkurrenz ist zweifellos real. Sie dient aber darüber hinaus als ideologisches Legitimationmuster, das eine weitgehend politische Alternativlosigkeit suggeriert und dem faktischen Handeln von Parteien und Regierungen den Schein unbeeinflussbarer Notwendigkeit verleiht. (...) Daß der ›Sachzwang Weltmarkt‹ politisch hergestellt wird, verliert sich aus dem Blick.«

Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 149.

Sozialpolitik in der bisherigen Form erscheint zunehmend als Handicap für die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie auf dem Weltmarkt. Daher wird der Wohlfahrts- zum Marktwirtschaftsstaat transformiert, für den die soziale Sicherheit nur einen Regulierungsfaktor der Ökonomie darstellt. Es geht den verantwortlichen Politikern um die Stärkung einer modernen Wirtschaftsmacht mit globalem Anspruch, wozu auch »eine Art nationales Kampf- und Konkurrenzprogramm« in Gestalt des sozialen Umbaus gehört (vgl. Ackermann/Bender 1994: 318).

Bill Clintons Versuch, im Gesundheitswesen das deutsche Modell einer Pflichtversicherung auf die USA zu übertragen, ist vermutlich gescheitert (vgl. Seeleib-Kaiser 1995: 400ff.). Umgekehrt droht eine »Amerikanisierung« unseres Sozialstaates, d.h. die Übernahme des US-Modells bloßer Minimalabsicherung sozialer Risiken. Das betriebswirtschaftliche Rentabilitätsdenken hält Einzug in die deutsche Sozialpolitik, wodurch sich ihre Funktion grundlegend wandelt: Strategischer Dreh- und Angelpunkt der Sozialpolitik ist fortan nicht mehr die Frage, wie die materielle Lage der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien, sondern bloß noch das Problem, wie die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft verbessert werden kann.

Alles wird der Attraktivität des Industriestandortes Deutschland und der Konkurrenzfähigkeit des »Exportweltmeisters«, die angeblich bedroht sind, untergeordnet: Entwicklungspolitik findet nur noch statt, sofern sie dem Absatz deutscher Waren dient. Forschungs- und Technologiepolitik werden nicht für die Lösung der globalen Probleme (Welthunger, Analphabetismus, Klimaveränderungen usw.) eingesetzt, sondern beschränken sich auf die finanzielle Förderung anwendungsorientierter, besonders wirtschaftsnaher Hochtechnologie. Wissenschaftspolitik heißt, Naturwissenschaft und Technik so auszubauen, daß die deutsche

Industrie mit den nötigen »Humanressourcen« versorgt wird, um auf dem Weltmarkt besser abzuschneiden. Beschäftigungspolitische Maßnahmen wie die Fortbildung und Umschulung entfallen, wenn sie zwar der Qualifizierung von Arbeitslosen, nicht aber der Gewinnmaximierung von Unternehmen dienen. Folgerichtig soll die Arbeitslosenhilfe zukünftig nicht mehr nach der Lohnhöhe oder der Qualifikation, sondern nach dem aktuellen »Marktwert« der Betroffenen bemessen werden.

»Leistung« fetischisiert man in geradezu zynischer Weise, definiert aber keineswegs, was darunter eigentlich zu verstehen ist: Wer auf den globalen Finanzmärkten erfolgreich spekuliert, wird hofiert; wer auf den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt abgedrängt wird, fällt hingegen aus dem System von Tarif- und anderen sozialen Schutzrechten heraus. Die Rekonstruktion der westdeutschen Sozialstruktur in den östlichen Bundesländern trägt gewisse Züge einer Kolonisation (vgl. Dümcke/Vilmar 1995), aber mehr noch einer ursprünglichen Akkumulation. An die Stelle der sozialstrukturellen Nivellierung im Staatssozialismus tritt eine Tendenz zur ökonomischen Polarisierung und Pauperisierung: Neben einer »neuen Bourgeoisie«, die – von der unternehmerfreundlichen Subventions- bzw. Steuerpolitik im Beitrittsgebiet begünstigt – schnell zu Wohlstand gelangt, gibt es größere Teile der Bevölkerung, die von Dauerarbeitslosigkeit, Verarmung und Verelendung betroffen sind.

Solidarität statt Ausgrenzung: Alternativen zur Regierungspolitik
Sozialstaatlichkeit im gewohnten Sinne läßt sich nicht aus der Defensive heraus retten, sondern nur offensiv mit Aussicht auf Erfolg verteidigen (vgl. Dietzel 1995: 59). Nötig wäre ein neuer Gesellschaftsvertrag, der das Teilen zwischen Arm und Reich enttabuisieren müßte (vgl. Huster 1995). Unbrauchbar hierfür ist ein Sozialstaatsbegriff, der sich auf die Gewährleistung materieller Sicherheit beschränkt, die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und individueller Handlungsmöglichkeiten hingegen ausblendet (vgl. Nahnsen 1994). Die emanzipatorische Zielsetzung darf nicht verlorengehen, und ein »Sozialstaatsbürgerrecht« bleibt auch dann einzuklagen, wenn die materiellen Grundlagen dafür gegenwärtig ebenso zu fehlen scheinen wie der nötige politische Druck seitens der potentiellen Nutznießer/innen.

Eine in Gewerkschaftskreisen vorherrschende Tendenz geht dahin, den Sozialstaat mit Argumenten seiner Gegner zu verteidigen. Ihr relativ hohes Sozialniveau sei, so heißt es, ein wichtiger »Standortvorteil« der Bundesrepublik. Auf diese Weise gewinnt man weder Unternehmer als Bündnispartner, noch verhindert man die Erosion des Sozialen. Denn wenn dieses nur noch eine der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nachgeordnete Größe ist, steht es spätestens in einer tiefen Wirtschaftskrise zur Disposition. Unterwirft sich der Wohlfahrtsstaat einem volkswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkül, stärkt er damit jene Logik, die ihn abschaffen möchte. Soziale Verbesserungen für Beschäftigte, Erwerbslose und Arme besitzen einen hohen, für die zivilisatorische Entwicklung zentralen Eigenwert, der nicht um kurzfristiger

»Je mehr die ökonomischen Prozesse von multinationalen Industrien, Banken und Finanzinstitutionen gesteuert werden, desto deutlicher prägen sich ökonomisch-soziale Räume quer zu den nationalstaatlichen Grenzen aus. Prosperierende Zonen schotten sich gegen niedergehende ab, und selbst innerhalb der kapitalistischen Zentren mischen sich Erst- und Drittweltverhältnisse.«
Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 134.

Vorteile willen in Frage gestellt werden darf. Wenn die Sozialpolitik hauptsächlich als »Standortvorteil« im weltwirtschaftlichen Konkurrenzkampf erscheint, ist ihre Grundsubstanz, die Benachteiligung der Lohnabhängigen gegenüber den Unternehmern auszugleichen und die Arbeitsplatzkonkurrenz zwischen den (noch nicht, vorübergehend bzw. nicht mehr) Beschäftigten spürbar zu mildern, in Gefahr.

Es wäre jedoch falsch, die Leer- und Schwachstellen des Sozialleistungssystems zu verschweigen, zu leugnen oder zu verharmlosen. Seine zahlreichen Mängel müssen vielmehr ohne falsche Scheu oder taktische Rücksichtnahmen benannt und – wenn möglich – beseitigt werden. So steht außer Zweifel, daß unser System sozialer Sicherung nicht organisch gewachsen, sondern in sich widersprüchlich und zutiefst unsystematisch (geworden) ist. Auch seine Effizienz und Transparenz lassen zu wünschen übrig. Die »alte Unübersichtlichkeit« des von Bismarck begründeten Systems trägt mit dazu bei, daß es heute immer weniger Verteidiger findet.

Durch seine historischen Erfolge macht sich der Sozialstaat tendenziell selbst überflüssig. Er basiert auf Solidarität und ersetzt diese gleichzeitig. Trotzdem ist der Sozialstaat gerade in einer modernen »Risikogesellschaft« für die gesellschaftliche Reproduktion erforderlich, Solidarität auch unter den Bedingungen fortschreitender Individualisierung möglich. »Individualisierung als Vervielfältigung von Optionen erlaubt zwar den Rückzug aus bestimmten Solidarbeziehungen; jedoch weit entfernt davon, Solidarität allgemein zu zerstören, schafft sie erst deren Voraussetzung« (Hondrich/Koch–Arzberger 1992: 114).

Das steigende und längst sogar Angehörige der Mittelschicht treffende Armutsrisiko trägt sein Teil zur gesellschaftlichen Desintegration bei: »Je mehr sich die traditionellen Lebensweisen und sozialen Bindungen auflösen – bzw. gerade durch die Ökonomisierung der Gesellschaft aufgelöst werden –, desto mehr entstehen neue, erweiterte Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit« (Bäcker 1995: 22). Erforderlich ist eine Erneuerung zwischenmenschlicher Solidarität, aber nicht über einen Rekurs auf die deutsche Nation als Abstammungs-, sondern unter Berufung auf die demokratische Republik als Abstimmungsgemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger (unabhängig von Herkunft und ethnischer Zugehörigkeit).

Die öffentliche Debatte über Armut müßte so angelegt sein, daß sie der Dramatik des Problems angemessen Rechnung trägt, seine Verschränkung mit weltwirtschaftlichen Handlungsimperativen berücksichtigt und demokratische Alternativen zu einer exportorientierten Wachstumsstrategie aufzeigt (vgl. dazu: Narr/Schubert 1994). Aus den oben dargelegten Gründen wäre es wichtig, den »Umbau«-Begriff nicht der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden zu überlassen, sondern ihn zurückzuerobern. Deshalb tat der DPWV gut daran, seine »Ansatzpunkte für eine bedarfsgerechte Politik gegen Armut und Unterversorgung« (1995) als »Denkschrift zum Umbau des Sozialstaates« zu deklarieren.

»Die Hoffnung auf eine moralische Erneuerung der Gesellschaft bleibt ebenso unbestimmt und unbegründet wie die anscheinend durch keinerlei Realität enttäuschbare Erwartung einiger Zivilgesellschaftstheoretiker, der Kapitalismus ließe sich bis zur Unkenntlichkeit zivilisieren.«

Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin 1995, S. 166.

Literatur

- Ackermann, Heike, Walter Bender:* Armutspolitik für den »Standort Deutschland«. Klarstellungen des Sozialstaats '94 am Beispiel der Pflegeversicherung und des Arbeitsförderungsgesetzes, in: NEUE PRAXIS 4/1994, S. 509–519.
- Afheldt, Horst:* Ausstieg aus dem Sozialstaat? – Gefährdungen der Gesellschaft durch weltweite Umbrüche, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 25–26/1995, S. 5–12.
- Ansatzpunkte für eine bedarfsgerechte Politik gegen Armut und Unterversorgung.* Denkschrift des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zum Umbau des Sozialstaates, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, 6/1995, S. 135–146.
- Bäcker, Gerhard:* Sind die Grenzen des Sozialstaates überschritten? – Zur Diskussion über die Reformperspektiven der Sozialpolitik, in: AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE. Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 25–26/1995, S. 15–25.
- Biedenkopf, Kurt:* Wir müssen mehr Ungleichheit akzeptieren. Plädoyer für eine neue Republik der Regionen und ein Lebensgefühl Ost, in: Wochenpost vom 26. März 1992.
- Bruns, Werner:* Sozialkriminalität in Deutschland, Frankfurt am Main/Berlin 1995.
- Butterwegge, Christoph:* Der Rechtsextremismus und die Krise des Sozialen, in: SOZIALER FORTSCHRITT, 6/1995, S. 158–144.
- Dietzel, Horst:* Ist der Sozialstaat noch zu retten?, in: UTOPIE kreativ, Nr. 56 (Juni 1995), S. 54–59.
- Geißler, Heiner:* Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente, Freiburg 1976.
- Düncke, Wolfgang, Fritz Vilmar (Hrsg.):* Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Eingangsprozesses, Münster 1995.
- Habermann, Gerd:* Der Wohlfahrtsstaat. Die Geschichte eines Irrwegs, Frankfurt am Main/Berlin 1994.
- Hirsch, Joachim:* Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und »radikaler Reformismus«, in: DAS ARGUMENT, Nr. 203 (Januar/Februar 1994), S. 7–21.
- Hondrich, Karl Otto, Claudia Koch-Arzberger:* Solidarität in der modernen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1992.
- Horstkötter, Elisabeth:* Umbau oder Anfang vom Ende des Sozialstaats?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1995, S. 926–955.
- Huster, Ernst-Ulrich:* Teilen – aber wie? Optionen für eine Neufassung des Gesellschaftsvertrages, in: Frank von Auer/Franz Segbers (Hrsg.): Markt und Menschlichkeit. Kirchliche und gewerkschaftliche Beiträge zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 187–209.
- Kohl, Helmut:* Rede über den Bundeshaushalt 1996, gehalten am 6. September 1995 im Deutschen Bundestag, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin 67/1995, S. 669–676.
- Lauschke, Kurt, Klaus-W. West:* Jenseits von Markt und Staat, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 7/1995, S. 595–415.
- Merklein, Renate:* Griff in die eigene Tasche. Hintergeht der Bonner Sozialstaat seine Bürger?, Reinbek bei Hamburg 1980.
- Nahsen, Ingeborg:* Gegen einen verengten Sozialstaatsbegriff, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft – spw, 80 (1994), S. 56–59.
- Narr, Wolf-Dieter, Alexander Schubert:* Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt am Main 1994.
- Opielka, Michael, Ilona Ostner (Hrsg.):* Umbau des Sozialstaats, Essen 1987.
- Scharping, Rudolf:* »SPD quo vadis?« – Stegreif-Rede in Tutzing anlässlich der Tagung mit den Sechheimern am 26. November 1994, in: VORWÄRTS, 1/1995, S. 27.
- Schöni, Walter:* Standortwettbewerb versus Sozialpartnerschaft. Zur Krise der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung, in: WIDERSPRUCH, 27 (1994), S. 67–78.
- Schüller, Heidi:* Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag, Berlin 1995.
- Seelieb-Kaiser, Martin:* Sozialpolitik in den USA zwischen »Reform« und »Demontage«?, in: WSI-Mitteilungen, 6/1995, S. 596–405.
- Zänker, Alfred:* Der bankrotte Sozialstaat. Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb, München 1994.